

Kopp, Botho von

USA: Bildungspolitische Strategien in Zeiten sinkender Staatseinnahmen

Trends in Bildung international - Im Blickpunkt (2003) 2, 3 S.

urn:nbn:de:0111-opus-53085

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Botho von Kopp

USA: Bildungspolitische Strategien in Zeiten sinkender Staatseinnahmen

Die folgenden Kurzbeschreibungen sind zusammengestellt nach Darstellungen aus: Education Week, 4. Dezember 2002, S. 18 (Arkansas) und: Education Week 29. Januar 2003, S. 15 u. 18-19 (die übrigen Staaten)¹. Sie geben mit Ausnahme von Arkansas die Programmpunkte hinsichtlich des Bildungswesens aus den Ansprachen der (zum Teil erst kurz zuvor gewählten) Gouverneure einiger Staaten zum Jahresbeginn 2003 (*State of the State Address*) wieder. Obwohl angesichts sinkender finanzieller Mittel zwei grundsätzlich unterschiedliche Grundstrategien zum einen der Republikaner (Steuersenkungen, Abbau von Staatsausgaben) auf der einen und Demokraten (Steuererhöhungen) auf der anderen Seite deutlicher als je sichtbar werden, sind die angekündigten oder angegangenen konkreten Maßnahmen aufgrund der spezifischen legislativen und fiskalischen Voraussetzungen des jeweiligen Staates sehr unterschiedlich und sie passen nicht immer in das bekannte Schema.

Hawaii: Hawaii ist der einzige Bundesstaat mit einem zentralen staatlichen Bildungssystem für seine gegenwärtig insgesamt rd. 183 000 Schüler. Die neue republikanische Gouverneurin kämpft dafür, sieben lokale, gewählte Schulämter, "boards" einzurichten und Schulmanagement und Verwaltung auf die lokale Ebene zu verlagern. Sie sprach sich ebenfalls dagegen aus, dass Schulleiter sich aktiv in der Angestelltengewerkschaft (*Hawaii Government Employees Association*) beteiligen: "Schulleiter sind ein Teil des Managements sie haben keinen Platz in einer Gewerkschaft." Die Gouverneurin strebt ebenfalls an, die Einrichtung von *charter schools*², Magnetschulen³, internetbasiertem Unterricht sowie häuslichem Unterricht⁴ zu unterstützen. Sie macht sich bei letzterem für ein Modell stark, nach dem zu Hause unterrichtete Kinder und Jugendliche jederzeit nach ihrer Wahl an allen extracurricularen Aktivitäten regulärer öffentlicher Schulen teilnehmen können. Bisher lehnen die öffentlichen Schulen auf Hawaii dies ab.

Utah: Der republikanische Gouverneur will eine fundamentale Reform der Bildungsfinanzierung weitertreiben. Sie basiert auf dem Prinzip, die abgesessene Zeit - also Schü-

¹ Die Autoren dieser Beiträge sind: M. Walsh, L. Jacobson, J. Blair, L.F. Goldstein, M. A. Zehr, R.C. Johnston, R. R. Borja.

² Charter schools are tuition-free public schools freed from regulation in exchange for greater accountability. Proponents contend that charter schools may not only provide families and students with another educational choice but also promote change in the public education system as a whole, thus benefiting all students. Educational theorists suggest that charter schools will induce systemic change by providing more educational choices, creating competitive market forces, and serving as examples from which other public schools can learn. John Ericson and Debra Silverman: Challenge and Opportunity. The Impact of Charter Schools on School Districts. A Report of the National Study of Charter Schools. Washington D.C.: U.S. Department of Education, Office of Educational Research and Improvement, June 2001. <http://www.ed.gov/pubs/chartimpact/> - Im Schljahr 1999-2000 gab es in den USA insgesamt etwas mehr als 1.600 charter schools - Ibid.

³ Magnet schools gehen ursprünglich auf Traditionen der Bürgerrechtsbewegung gegen Segregation im Schulwesen zurück. Inzwischen ist der Abbau von ethnischer Segregation immer noch eines der Ziele dieser Schulen, sie haben sich jedoch immer mehr zu besser ausgestatteten und anspruchsvolleren Alternativen innerhalb des öffentlichen Schulsystems entwickelt. Siehe: <http://www.magnet.edu/index.html>

⁴ Häuslicher Unterricht, homeschooling, ist eine inzwischen in allen US-Staaten legalisierte Alternative zum Schulunterricht. In Texas müssen die Eltern die öffentlichen Behörden nicht einmal mehr über ihre Entscheidung für den Heimunterricht benachrichtigen. Ausgaben für Kurse, die Eltern besuchen, um ihren Heimunterricht zu professionalisieren, werden in Kalifornien erstattet. Einige Universitäten, darunter auch hochrangige wie Harvard und Stanford, akzeptieren inzwischen auch zuhause unterrichtete Studienbewerber - vgl.: Dunkel, M. & Gräf, P.L. & Hohensee, M. & Sauer, U.: Ernsthaftige Konkurrenz. In: Wirtschafts Woche, Nr. 52, 2002, S. 56-57.

lerzahl und Schuljahre (*seat time*) durch ein System von Kompetenztests in solchen Fächern wie Mathematik, Sprache, Naturwissenschaften und Sozialkunde (*social studies*) zu ersetzen, nach dem die Jugendlichen in der Schule - vom Schul- bzw. Kalenderjahr unabhängig von "Jahrgang zu Jahrgang aufrücken" und entsprechend die Schule zeitlich flexibel abschließen könnten. Er betonte gleichzeitig, dass die Bildungskosten nicht gekürzt werden dürften, eher sogar erhöht werden müssten, da sich Utah im Hinblick auf die proportionale Bildungsfinanzierung am unteren Ende aller US-Staaten befinde. Obwohl ein Vertreter der neoliberalen Bildungspolitik und der Unterstützung der differenzierten Schulwahl in- und außerhalb des öffentlichen Sektors, lehnte der Gouverneur Vorstöße von Interessengruppen ab, die den Eltern steuerfinanzierte Kredite zum Zweck der Finanzierung von Unterrichtsgebühren in Privatschulen ermöglichen würden. Solche Programme sollten erst nach der angemessenen finanziellen Absicherung des öffentlichen Schulsektors in Betracht gezogen werden: "Bis dahin würde ich vorziehen, andere Wahlmöglichkeiten von Bildung zu schaffen."⁵

Montana: Ähnliche wie in Utah spielt - wenn auch aus etwas anderen aktuellen Gründen - hier die auf Schülerzahlen und pro Schuljahr basierte Finanzierung der Schulen eine Rolle. In einigen Schuldistrikten ergaben sich wegen sinkender Schülerzahlen in den letzten Jahren erhebliche finanzielle Kürzungen für die Schulen. Da die Schulen in manchen Fällen ihre laufenden Kosten kaum noch mit den jeweils aktuellen jährlichen Zuwendungen erfüllen können, befürwortet die republikanische Gouverneurin, die Mittel aufgrund eines dreijährigen Durchschnitts der Schülerzahlen und nicht mehr nach der jährlichen Berechnung zu vergeben. Abgesehen davon wird eine weitergehende Reform der Finanzierung geplant.

Colorado: Der Staat plant gegenwärtig, wie der republikanische Gouverneur im Januar 2003 erklärte, keine Schul-Reformvorschläge. Er wies darauf hin, dass Colorado einer der fünf Staaten sei, die vom Präsidenten für ihr *Accountability* -System gelobt worden seien. Er führte weiter aus, dass einige "alte Stimmen" ein Übermaß von Tests und ein Hochschrauben der Ansprüche an die Schüler beklagten, gleichzeitig es aber Tatsache sei, dass fast drei Viertel aller Schulen, deren Leistungen im Jahr 2001 als ungenügend eingestuft worden waren, im Nachfolgejahr ihre Leistungsbilanz hätten verbessern und aus dieser Gruppe hätten aufsteigen können.

Alle in der Quelle vorgestellten Staaten haben mehr oder weniger drängende Finanzprobleme. In Kansas sanken die Staatseinnahmen im vergangenen Jahr 2002 um 7 %, befindet sich aber noch nicht im Minus. Die Ausgaben pro Schüler belaufen sich insgesamt auf 67% des Staatshaushalts. Kürzungen des Bildungshaushaltes, so die demokratische Gouverneurin, seien nicht vorgesehen. Der ebenfalls demokratische Gouverneur von Missouri möchte Kürzungen des Bildungshaushaltes ebenfalls vermeiden und versucht dies durch eine Erhöhung der Tabak- (55 Cent pro Packung Zigaretten) und Glücksspielsteuer abzusichern. Aus der Gruppe der hier angesprochenen Staaten sieht sich lediglich der republikanische Gouverneur von Nebraska veranlasst, die Bildungsausgaben im geplanten Haushalt für 2004 und 2005 zu kürzen und zwar um 10 Prozent. Die staatliche Zuwendungen für die Schulen belaufen sich auf 71% des Gesamthaushaltes dieses Staates. Von den Kürzungen sollen alle Bereiche betroffen werden, zum Beispiel auch Sonderschulen und Programme für Hochbegabte, aber auch Kürzungen in der Verwaltung (z. B. im *education department* des Staates). Geplant ist eine (zeitlich befristete) Erhöhung der Tabaksteuer (20 cent pro Packung Zigaretten). Im Gegensatz zu anderen Staaten erlaubt die Verfassung des Staates nicht, Schulden aufzunehmen um den Haushalt auszugleichen oder aufzustocken.

Ein spezifischer Aspekt der Finanzierungsproblematik gewann im Staat Arkansas Aktualität. Dort schreibt die Staatsverfassung, wie in den meisten anderen Staaten auch, die Bereitstellung eines angemessenen Bildungsangebots für alle Kinder und Jugendlichen vor. Ende 2002 hat das oberste Gericht des Staates entschieden, die Art und Weise wie

⁵ Das Schlagwort von "educational choice" ist zentral für die konservative und neoliberale Bildungspolitik.

die staatlichen Gelder in manchen lokalen Schuldistrikten eingesetzt würden, verstoße gegen die Staatsverfassung - also biete diese Garantie nicht. Das Problem besteht jedoch darin, dass einige Distrikte kein Geld zur Verfügung haben und, so der Vorwurf des Gerichts, für Bildung vorgesehene Gelder anderweitig verwendeten. Zum Beispiel ist es in manchen Distrikten unmöglich, durchgängig qualifizierte Lehrer zu engagieren. Diese Distrikte haben gefordert, dass geklärt und exakt definiert werden müsse, was unter "angemessenem Bildungsangebot (*adequate education*) zu verstehen sei, woraufhin der Staat argumentierte, dies sei nicht möglich. Allerdings war von gerichtlicher Seite schon vor 7 Jahren dem Staat auferlegt worden, in einer "Adäquatheitsstudie" genau dies zu klären.

Auch New Jersey verzeichnet für 2003 ein hohes Defizit. Der demokratische Gouverneur äußerte sich in seiner Rede jedoch nicht zur Finanzierung von Bildung,⁶ sondern dezidiert zu pädagogischen Problemen. Er plant, dem Schulabschluss eine berufsqualifizierende Komponente in Form eines "*technology-proficiency test*" hinzuzufügen. Er schlug ebenfalls vor, Schülern, die, etwa im Rahmen ihrer Vorbereitung auf eine möglichst gute Ausgangsbasis für den Hochschulzulassungstest, die Abschlussziele der Oberschule schon im vorletzten 11. Jahrgang erreicht hätten (sog. *testing out*) Alternativen in Form z. B. von Praktika in der kommunalen Arbeit und anderen Praktika zu ermöglichen, da für diese Schüler der Unterricht des Abschlussjahres lediglich eine Wiederholung bedeute. Daneben hob er die mangelnde formale Qualifikation vieler Lehrer hervor - eine von 8 Oberschulklassen wird von Lehrern unterrichtet, die die entsprechenden Fächer nicht einmal als Nebenfächer auf einem College absolviert haben - und kündigte an, eine Pflichtzertifizierung einzuführen. Außerdem engagiert er sich in einer Kampagne für die Entwicklung von Lesefähigkeit. Neben anderen Initiativen wurden in diesem Zusammenhang in bisher rd. 80 Schulen des Staates "Lesebetreuer" (*reading coaches*) eingeführt.

⁶ Er hat inzwischen die Bildungsausgaben sogar um 200 Mill. \$ erhöht:
<http://www.state.nj.us/education/index.html>